

*Im Dienst für den
Bürger*



WAHLPROGRAMM

der FDP zur

Bezirksversammlungswahl 2014

Beschlossen auf dem Bezirksparteitag Wandsbek am 10.12.2013.

Impressum: Freie Demokratische Partei
Bezirksverband Wandsbek
Wandsbeker Chaussee 21
22089 Hamburg

Ihre Kandidaten auf der Bezirksliste



1. Helga Daniel, kfm. Angestellte i.R.
2. Klaus-Dieter Abend, Kfz.-Sachverständiger
3. Sebastian Liebram, Soldat auf Zeit
4. Herrmann Ueberle, Rentner
5. Dirk Mehldau, IT-Unternehmer
6. Dr. Dr. Hans Joachim Widmann, Rechtsanwalt
7. Ursula Mock, selbst. Büroassistentin
8. Holger Müller, kfm. Angestellter
9. Thomas Pfohe, Informatiker
10. Dr. Volker Diedrich, Rechtsanwalt
11. Rico Klunkat, Industriekfm.
12. Sylvia Canel, Gymnasiallehrerin
13. Stefan Leverenz, Rechtsanwalt
14. Oliver Riess, Unternehmer
15. Adel Ben Fredj-Wunderlich, Kaufmann
16. Irmtraud Schließhake, Kauffrau
17. Sebastian Naujocks, Student
18. Mario-Frank Stussig, Unternehmensberater
19. Gerhard Dannemann, Pensionär
20. Helmut Boers, Vers.-Kaufmann
21. Wolfgang Schlee, Pflegediensthelfer
22. Stefan Willers, Dipl.-Kaufmann
23. Jasmin Missler, Verlegerin
24. Matthias Still, PR-Berater
25. Gritta-Merve Zeiger, Chemieingenieurin

Inhaltsverzeichnis	Seite
1. Bezirk Wandsbek - Bürgernähe optimieren	3 - 5
2. Stadtplanungs- und Wohnungspolitik	7
3. Soziale Stadtpolitik	7 - 10
4. Wirtschaft, Verkehr und Tourismus	10 - 14
5. Umweltpolitik	14
6. Liberale Kulturpolitik	14 - 15
7. Die Wandsbeker Wahlkreise	15 - 21
7.1 Wandsbek – Eilbek	15
7.2 Tonndorf – Marienthal – Jenfeld	16
7.3 Berne – Farmsen – Bramfeld Nord	17
7.4 Bramfeld Süd – Steilshoop	17
7.5 Sasel – Wellingsbüttel	18
7.6 Poppenbüttel – Hummelsbüttel	18
7.7 Walddörfer	19
7.8 Meiendorf – Oldenfelde	20
7.9 Rahlstedt	20

Wahlprogramm der FDP Wandsbek für die Wahlen zur Bezirksversammlung 2014

1. Bezirk Wandsbek – Bürgernähe optimieren

Wandsbek ist mit über 400.000 Einwohnern der mit Abstand einwohnerstärkste Bezirk Hamburgs. Die Bedeutung des Bezirks findet sich jedoch in politischen Entscheidungen, insbesondere in den Bereichen der Verkehrs-, Kultur- und Jugendpolitik aber auch hinsichtlich der Ausstattung der Verwaltung mit Personal und Sachmitteln oftmals nicht wieder. Die FDP Wandsbek fordert, dass Wandsbek bei Verteilung der Landesmittel auf die sieben Hamburger Bezirke seiner Einwohnerzahl entsprechend angemessen berücksichtigt wird.

Für die Bereiche Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung und Erholung erfüllt der Bezirk Wandsbek wichtige Funktionen für unsere Stadt. Die Bedürfnisse der Bewohner von Großsiedlungen wie in Steilshoop oder Jenfeld sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die der Bewohner von Wohngebieten mit aufgelockerter Bebauung wie z. B. in den Walddörfern oder in Marienthal. Weitläufige Naherholungsgebiete wie der Duvenstedter Brook, der Wandse-Grünzug oder der Alsterwanderweg werden intensiv von allen Hamburgern genutzt und sind ebenso unverzichtbare Bestandteile unseres Bezirks wie die reichhaltigen Angebote der Stadtteilkultur.

Ziele unserer Arbeit im Bezirk sind der Erhalt und die Weiterentwicklung unseres lebenswerten Bezirks mit und für die Wandsbeker Bürgerinnen und Bürger.

1.1 Bezirksverwaltung

Auch in Wandsbek setzt die FDP sich für das Subsidiaritätsprinzip ein, d.h. alle Verwaltungsaufgaben, die auf der bezirklichen Ebene besser erledigt werden können, sollen auch dort erledigt werden. Die Bezirksverwaltungsreform 2006 war in diesem Sinne ein erster richtiger Schritt insbesondere bei der Zuständigkeit für Bebauungspläne und Bezirksstraßen.

In der laufenden Wahlperiode wurde jedoch durch den Senat eine Vielzahl von Entscheidungen getroffen, die entweder direkt oder durch Streichung von Personal und Sachmitteln indirekt in die Kompetenzen der Bezirke eingegriffen haben. Hierzu zählen die Verträge beim Wohnungsbau sowie der Instandhaltung von Straßen, die weitgehende Abschaffung des bezirklichen Ordnungsdienstes, die Beschneidung der bezirklichen Anhörungsrechte in Standortfragen wie z.B. bei der öffentlichen Unterbringung sowie die Sparvorgaben für der Bezirksverwaltung, die im Vergleich zu den Fachbehörden bereits zuvor deutlich schlechter ausgestattet waren.

Die FDP Wandsbek fordert eine Umkehr dieser Zentralisierung. Dies bedeutet im Einzelnen:

- **Klare Schnittstellendefinitionen** zwischen der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation einerseits und den Bezirksämtern andererseits **in den Bereichen Stadt- und Verkehrsplanung** mit dem Ziel, die Tätigkeit der Senatsbehörden auf die Fachaufsicht sowie Großvorhaben von gesamtstädtischer Bedeutung zu beschränken. Das freiwerdende Personal ist auf die Bezirke zu verteilen.
- **Auskömmliche Personalausstattung für den bezirklichen Ordnungsdienst.**
- **Verlagerung der Zuständigkeit für die untere Straßenverkehrsbehörde auf die Bezirke.** Entscheidungen über bauliche Maßnahmen und verkehrsregelnde Maßnahmen sollten in einer Hand liegen.

- Der Bezirksamtsleiter soll zukünftig direkt vom Bürger gewählt werden. Damit erhält er nicht nur gegenüber den Zentralisierungstendenzen des Senats ein stärkeres Eigengewicht, Auch der häufig in der Folge wechselnder Mehrheiten der Bezirksversammlung zu beobachtende teure Austausch von Bezirksamtsleitern vor Ablauf der sechsjährigen Amtszeit würde dadurch vermieden.

Die Diskussionen um Ganztagsbetreuung, Hortreform z.B. auch im Rahmen der regionalen Bildungskonferenzen haben gezeigt, dass die Zentralisierung von Standortentscheidungen im Bereich Bildung und Kinderbetreuung zu völlig aufgeblähten Gremien mit zu geringer Kenntnis der örtlichen Belange führt. Lange Entscheidungsprozesse stehen in keinem Verhältnis zur Qualität der Entscheidungen. In diesem Sinne fordert die FDP Wandsbek eine **Stärkung der bezirklichen Rechte bei Standortentscheidungen in den Bereichen Bildung und Kinderbetreuung** über das bestehende Anhörungsrecht hinaus.

Ein weiterer Schwachpunkt im Verhältnis von Stadt und Bezirk Wandsbek ist die zentralisierte Liegenschaftsverwaltung. Dies gilt sowohl für die mangelnde planerische Einbeziehung des Bezirks bei Veräußerungen von Liegenschaften bei denen sich das Maß oder die Art der baulichen Nutzung verändert, als auch für den Unterhalt der Liegenschaften, bei dem die Zentralisierung zu langen Entscheidungswegen auch für kleine und kleinste Instandhaltungsmaßnahmen führt. Die FDP Wandsbek fordert daher eine **Dezentralisierung der Liegenschaftsverwaltung** mindestens für den Bereich der Bau- und Grundstücksunterhaltung. Geplante Liegenschaftsveräußerungen und Verkäufe sollen seitens der Finanzbehörde dem Planungsausschuss der Bezirksversammlung sofort angezeigt werden. Darüber hinaus hat sich der Versuch, den Bezirken über das Kriterium der sogenannten Konzeptqualität ein Mitspracherecht bei der Entwicklung städtischer Liegenschaften einzuräumen, in der Praxis als untauglich erwiesen. De facto bestimmt die Finanzbehörde nach wie vor allein aufgrund des Höchstgebots für die betreffende städtische Fläche über Art und Maß der baulichen Nutzung. Die FDP fordert daher die Verantwortung für die Entwicklung für die meisten städtischer Flächen vollständig in die Hand der Bezirke zu legen und die Belange der Finanzbehörde bzw. des städtischen Haushalts durch Festlegung von Mindestpreisen, die im Vorfeld zwischen Finanzbehörde und Bezirk auszuhandeln sind, sicherzustellen.

Die 2006 auf die Bezirksebene verlagerten zusätzlichen Aufgaben sind nicht immer auch mit entsprechenden Personalressourcen und Sachmitteln von den Fachbehörden auf die Bezirksamter übertragen worden. Dies hat in Wandsbek unter anderem zu einer erheblichen Verlängerung der Planungszeiten bei der Erstellung von Bebauungsplänen geführt. Die FDP Wandsbek fordert daher auch in Hamburg die Beachtung des sogenannten **Konnexitätsprinzips**, d.h. Personal und Sachmittel müssen bei einer sinnvollen Verlagerung von Aufgaben auf die Bezirksebene mit übertragen werden.

Die Wandsbeker Behörden haben zu kurze und uneinheitliche Öffnungszeiten. Auf diese Weise ist es den Bürgern oft nicht möglich, die Behörden außerhalb ihrer Arbeitszeiten zu erreichen und verschiedene Behörden auf einmal aufzusuchen. **Die FDP fordert, dass alle Dienststellen des Bezirksamts, die für Behördengänge in Frage kommen, einheitlich montags- freitags von 8.00 – 18.00 Uhr geöffnet haben.**

Die FDP fordert die Anschaffung von Tablet-PC's für den freiwilligen Einsatz in der Bezirksversammlung. Dadurch kann auf den kostspieligen und umweltbelastenden Versand von Drucksachen weitgehend verzichtet werden.

1.2 Bezirksfinanzen

Zur Stärkung der Finanzautonomie des Bezirks Wandsbek fordert die FDP eine Ausweitung des Instruments der deckungsfähigen Rahmenezuweisungen, da diese die Flexibilität des Bezirks zur Mittelverwendung erhöhen. Aus Wandsbeker Sicht werden darüber hinaus die Verteilungsschlüssel, nach denen die Finanzmittel zwischen den Bezirken verteilt werden, in vielen Fällen der Größe und Einwohnerzahl des

Bezirks nicht gerecht. Hier ist eine Änderung der Verteilungsschlüssel für Sachmittel und Personal auf Basis verursachungsgerechter Kennzahlen (z.B. Fallzahlen pro Mitarbeiter) zu prüfen und umzusetzen. Die FDP Wandsbek fordert, die Arbeit der Bezirksversammlung Wandsbek dadurch zu optimieren, dass sie auch einen Haushalts- und Finanzausschuss bildet.

1.3 Bürgerbeteiligung

Die FDP ist die Partei, die sich konstruktiv und gezielt für die Bürger einsetzt, die sich für das Gemeinwohl engagieren. Ohne das vielfältige persönliche und oftmals auch finanzielle Engagement der Bürger in Vereinen und Stadtteilen ist öffentliches Leben nicht denkbar.

Die FDP sieht auch in Wandsbek als einzige Partei bürgerliches Engagement nicht als Ersatz für die staatliche Daseinsvorsorge, sondern als ein erstrebenswertes Grundprinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Diesem Grundprinzip gilt es in möglichst vielen Bereichen Geltung zu verschaffen. Die FDP ist überzeugt, dass das Engagement und die Kompetenz der Bürger für ihre eigenen Belange im Zweifel höher einzuschätzen sind als die einer mehr oder weniger weit entfernten Verwaltung.

Die Einbindung der Bürger in Entscheidungen von Politik und Verwaltung ist der FDP daher ebenso ein wichtiges Anliegen wie die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements der Bürger. Dies gilt besonders auf der kommunalen Ebene. Selbstverständlich gelten auch für Bürgerbegehren und andere Formen der Bürgerbeteiligung die Maßstäbe der Gemeinwohlorientierung.

Mit der Abschaffung der Ortsämter sind den Bürgern und ihren Vereinen die gewohnten örtlichen Ansprechpartner verlorengegangen. Die Regionalausschüsse und Regionalbeauftragten haben dies nur teilweise auffangen können. Um die Beteiligung der Bürger an öffentlichen Planungen zu verbessern fordert die FDP Wandsbek ein **Teilnahme- und Rederecht der Arbeitsgemeinschaft der Wandsbeker Bürgervereine an den Sitzungen der Regionalausschüsse sowie auch des Planungs- und Verkehrsausschusses**. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie die Beteiligung der Bürger an Planungsverfahren zukünftig verbessert werden kann. Denkbar wäre beispielweise das Instrument einer **Bürgerbefragung** durch die Verwaltung im frühen Stadium einer Planung.

Neben der angemessenen Beteiligung der Bürger an Entscheidungen ist auch die **Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements** von großer Bedeutung. Die FDP fordert die konsequente Einbeziehung und Würdigung des ehrenamtlichen Engagements in die bezirkliche Arbeit z.B. bei der Jugendhilfe und der Stadtteilkultur sowie darüber hinaus eine Ausweitung der Unterstützung ehrenamtlicher Organisationen in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit, Kooperation und Sachmittel.

Auch junge Menschen wollen Demokratie mitgestalten und an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Die FDP Wandsbek setzt sich für die **Fortführung und den Ausbau des Wandsbeker Jugendparlamentes sowie der Kinderkonferenzen** ein, in dem junge Menschen über die sie direkt betreffenden Themen im Bezirk Beschlüsse fassen und diese als eigenständiges Gremium in die Arbeit der Bezirksversammlung einbringen können. Die organisatorische Unterstützung des Jugendparlamentes insbesondere im Hinblick auf die Bekanntmachung bei Schulen und Vereinen sowie auch bei der Durchführung der Sitzungen des Parlaments ist zu verbessern. Darüber hinaus ist zu prüfen wie die Einflussnahme des Jugendparlamentes verstetigt werden kann.

2. Stadtplanungs- und Wohnungspolitik

Für die FDP Wandsbek ist die **Stadtplanung ein zentrales Thema für die städtebauliche Attraktivität Wandsbeks**. Dazu gehören sowohl ein klares Bekenntnis zu erfolgreich gewachsenen Strukturen als auch die Annahme neuer Herausforderungen, um unseren Bezirk noch schöner und attraktiver zu gestalten. Die FDP Wandsbek will einen maßvoll wachsenden Bezirk. Durch eine Förderung des Wohnungsbaus darf nicht erneut eine Monostruktur und Ghettoisierung entstehen.

Libérale Stadtentwicklungspolitik für ein erlebbares Wandsbek setzt auf die großen Potenziale der zahlreichen Grünzüge und Naherholungsgebiete in unserem Bezirk. Zugleich wollen wir mehr Lebensqualität in den einzelnen Quartieren vor Ort schaffen.

Libérale Stadtentwicklungspolitik wägt in jedem Einzelfall die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum und entsprechenden Gewerbe- und Verkehrsflächen einerseits mit den Eingriffen in die Natur oder aber in städtebaulich schützenswerte Ensembles andererseits ab. Die FDP Wandsbek lehnt neue Baugebiete für Wohnen oder Gewerbe nicht pauschal ab. Bei der Ausweisung neuer Wohn- und Gewerbegebiete muss jedoch die Mobilisierung von Flächenreserven durch Konversion der Nutzung oder Nachverdichtung im Vordergrund stehen. Die Belange des Denkmalschutzes sowie auch der Erhalt des städtebaulichen Charakters vieler Siedlungen sind für den Erhalt der Lebensqualität besonders wichtig.

Mit Blick auf die Erhaltung der Lebensqualität in den Stadtteilen sowie auch das Verhältnis von Bevölkerungsdichte und Verkehrs- und anderer Infrastruktur gilt es darüber hinaus das Maß der baulichen Nutzung in vielen Fällen zu begrenzen. Hierzu ist häufig die Ablösung der aus den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts stammenden Baustufenpläne durch moderne Bebauungspläne notwendig.

Unsere Positionen zu einzelnen derzeit in der Diskussion befindlichen Bebauungsvorhaben sind wie folgt:

- Wir unterstützen eine maßvolle Nachverdichtung am Luisenhof (Genossenschaft Farmsen) und Müssenredder.
- Wir unterstützen eine lockere Einfamilienhausbebauung am Buchenkamp, die einen relativ hohen Grünanteil belässt und damit einen fließenden Übergang zu den weiter östlich liegenden Weide und Naturschutzflächen schafft. Die Zahl der Wohneinheiten sollte dementsprechend deutlich unter der derzeit von der Koalition geforderten Zahl von 60 liegen.
- Die Bebauung des Parkplatzes an der Farmsener Eissporthalle, Berner Heerweg 152 Ecke Rahlstedter Weg lehnen wir ab.
- Eine Bebauung der Fläche Gutshaus Farmsen am Berner Heerweg lehnen wir ebenfalls ab.
- Das ehemalige Schulgelände an der Flughafenstraße in Hummelsbüttel sollte für den Bau von Eigenheimen sowie von Geschoßwohnungsbau genutzt werden.

3. Soziale Stadtpolitik

3.1 Kinder

Ein funktionierendes elterliches Umfeld, gute nachbarschaftliche Verhältnisse und zusätzliche erzieherische Betreuung bilden eine notwendige Grundlage für eine förderliche Entwicklung des Kindes und die Herausbildung von sozialen Kompetenzen.

Die Liberalen setzen sich für die konsequente Verbesserung der Erziehung und frühkindlichen Bildung ein. Kindertagesstätten (Kitas) sind Bildungseinrichtungen! Die Förderung der Bildung in den ersten Jahren ist effizient, sozialgerecht und die beste Voraussetzung für das Gelingen von Erziehung, Bildung und Integration. Wir fordern daher,

- dass Kitas und Grundschulen verstärkt Kooperationen bilden,
- eine deutliche Erweiterung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten für berufstätige Eltern z.B. in Form von 24-Stunden-Kindergärten,
- die Einrichtung von Betriebskindergärten in Form von „public-private-partnership“,
- eine stärkere Vernetzung von Jugendhilfe und Schulen,
- die Unterstützung von Tagesmüttern und –vätern (Tagesbetreuungsgesetz überarbeiten),
- die Kooperationen der Elternschulen mit den Bildungseinrichtungen zu fördern.
- Sprachkurse für Eltern in den Bildungseinrichtungen.

Die Liberalen unterstützen die Eigenverantwortlichkeit der Bildungseinrichtungen in staatlicher Verantwortung. Schulen sollen wohnortnah in Kooperation mit den örtlichen Institutionen, Sportvereinen, Betrieben und Einrichtungen zu Mittelpunkten des Stadtteillebens werden.

Die FDP Wandsbek erkennt, dass in Wandsbek eine unerträglich hohe Anzahl von Kindern in Armut lebt. Um Kinderarmut langfristig und nachhaltig zu begegnen, setzen wir auf die Stärkung der Verantwortung von Eltern für ihre Kinder sowie auf gemeinschaftliches, verantwortungsvolles Engagement. Zugleich setzen wir uns für die volle Besetzung der Stellen des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) in Wandsbek ein. Vakante Stellen in diesem Bereich müssen von den üblichen Sperrfristen zur Wiederbesetzung ausgenommen werden.

Die FDP Wandsbek fordert, die bestehenden Spielplätze schneller zu warten und zu sanieren sowie regelmäßig zu pflegen. Die Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung auf den Spielplätzen sollen durch den bezirklichen Ordnungsdienst sowie ehrenamtliche Spielplatzpaten gewährleistet werden.

3.2 Jugendliche

Die FDP Wandsbek setzt sich für eine bedarfsgerechte Gestaltung des Angebots und der Öffnungszeiten von Jugendeinrichtungen ein. Insbesondere in den Abendstunden sowie an den Wochenenden und während der Hamburger Schulferien muss es ein verstärktes Betreuungsangebot geben, um Jugendlichen eine attraktive Möglichkeit zur Freizeitgestaltung zu bieten. Durch die Einbeziehung von ehrenamtlich tätigen Senioren, etwa bei der Hausaufgabenbetreuung, wollen wir das Angebot der Jugendeinrichtungen weiter stärken und zugleich den Dialog zwischen den Generationen fördern. Zudem wollen wir durch Patenschaften von Jugendeinrichtungen mit öffentlichen Grün- und Freizeitflächen, beispielsweise Skateranlagen und Bolzplätze, Jugendlichen Verantwortung übertragen und somit auf ein erhöhtes Verantwortungsbewusstsein von Jugendlichen im Umgang mit Flächen und Einrichtungen der Allgemeinheit hinwirken.

Die FDP Wandsbek spricht sich für die Entkommunalisierung der Häuser der Jugend in Wandsbek durch eine Übergabe an freie Träger aus. Zugleich muss es im gesamten Bezirk bedarfsgerecht Jugendeinrichtungen geben.

3.3 Senioren

Senioren wollen in vollem Umfang am öffentlichen Leben teilhaben und suchen Kontakte auch zu jungen Menschen. Sie möchten die Gegenwart besser verstehen, sich neue Medien und den Fortschritt der Technik zu Eigen machen können. Senioren wollen respektiert und im vollen Umfang in die Gesellschaft integriert sein. Die FDP Wandsbek spricht sich daher dafür aus, öffentliche Infrastrukturen in Wandsbek seniorengerecht zu gestalten, um Senioren das Leben im Alltag zu erleichtern. Dazu gehören für uns der Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und öffentlicher Einrichtungen für mobilitätseingeschränkte Personen ebenso wie die Erleichterung des Teilhabens an öffentlicher Bildungsinfrastruktur für Senioren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir Volkshochschulkurse in Seniorentagesstätten.

Die FDP Wandsbek fordert in Wandsbek neue Projekte wie das Mehrgenerationenhaus umzusetzen und fortzuentwickeln, um den Dialog zwischen Jung und Alt zu fördern. Mehrgenerationenhäuser überwinden die Isolation der verschiedenen Altersgruppen und unterstützen Toleranz und Verständnis füreinander.

Die FDP Wandsbek setzt sich für eine Stärkung des Generationenzusammenhalts ein. Deshalb unterstützen wir Patenschaften von Jugendgruppen und Schulklassen für Seniorentagesstätten. Zugleich wollen wir Senioren, denen es an gesellschaftlichen Kontakten und Beschäftigung fehlt, im ehrenamtlichen Engagement einbinden. Die FDP Wandsbek fordert daher, ausführliche Informationen über Möglichkeiten freiwilliger Arbeit für Rentner und Senioren bereitzustellen. Die FDP Wandsbek unterstützt die Arbeit der Seniorenbeiräte sowie auch der Wandsbeker Gesundheits- und Pflegekonferenz auf Bezirksebene.

3.4 Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind Teil unserer Gesellschaft und werden von ihr unterstützt. Die FDP Wandsbek stellt jedoch fest, dass es an Kontakten zwischen behinderten und nicht behinderten Menschen mangelt. Trotz bestehender Anstrengungen und Integrationsversuche werden Behinderte noch immer häufig als Randgruppe angesehen und von Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen. Die FDP Wandsbek setzt sich daher für mehr Möglichkeiten zur Begegnung von Behinderten und Nichtbehinderten ein, um ein gegenseitiges Verständnis und eine Akzeptanz für einander zu unterstützen.

Das Thema Barrierefreiheit ist nicht nur im Bereich der Verkehrspolitik des Bezirks besonders wichtig. Die FDP unterstützt in diesem Zusammenhang auch ein Pilotprojekt der Helmut-Schmidt-Universität, das die Orientierung von Sehbehinderten im Umfeld von Bushaltestellen durch akustische Signale ermöglicht, und die konsequente Einrichtung von abgesenkten Bordsteinen an Straßenübergängen. Die FDP fordert auch den kontinuierlichen Ausbau barrierefrei zugänglicher Wahllokale und aller öffentlichen Einrichtungen. Darüber hinaus sollen alle öffentlichen Einrichtungen dahingehend gekennzeichnet werden, ob sie barrierefrei zugänglich sind.

Die FDP Wandsbek fordert, weitere **Schnellbahnhaltstellen** durch die Erhöhung der Bahnsteige und den Einbau von Aufzügen **behindertengerecht auszubauen**. Langfristig sollten alle Haltestellen in Wandsbek behindertengerecht ausgebaut werden.

3.5 Integration der Mitbürger mit Migrationshintergrund

Die Integration der in Wandsbek lebenden Bürger mit Migrationshintergrund muss einerseits vom Willen der Bürger mit Migrationshintergrund zum Erlernen der deutschen Sprache, der Wahrnehmung der Eigenverantwortung für Bildung und den eigenen Lebensunterhalt sowie der Akzeptanz der deutschen Werte- und Rechtsordnung getragen sein. Andererseits setzt sich die FDP dafür ein, integrationswilligen Bürgern mit Migrationshintergrund Rahmenbedingungen zu geben, die Ihnen die eigenverantwortliche Integration auch ermöglichen.

Die FDP setzt sich gleichzeitig für einen vorurteilsfreien Umgang mit Bürgern mit Migrationshintergrund ein. Sie sind nicht nach Ihrer Herkunft, sondern nach ihrem Verhalten und ihrer Leistung zu beurteilen. Die FDP sieht in der Integration der Bürger mit Migrationshintergrund eine Bereicherung und große gesellschaftliche Chancen, insbesondere bezogen auf Ihre Fremdsprachenkenntnisse und unterschiedlichen kulturellen Erfahrungen. Deutsche Sprachkenntnisse sowie generell der Bildungsgrad sind dabei auch für erwachsene Bürger mit Migrationshintergrund von entscheidender Bedeutung.

Auf Bezirksebene steht die weitere Verbesserung der Information über die vielfältigen Bildungsangebote zum Thema Integration im Vordergrund. Die FDP begrüßt in diesem Zusammenhang die Einrichtung des Integrationsbeirats beim Bezirksamt Wandsbek als Mittel, den Dialog mit verschiedenen Migrationsgruppen zu vertiefen und zielorientierte Maßnahmen zu entwickeln.

Deshalb unterstützt die FDP den Vorschlag des Integrationsbeirates, ein Register zu erstellen, das ältere Migranten darüber informiert, in welcher Sprache Heime, Pflege- und Gesundheitsdienste ihre Dienstleistungen anbieten können.

4. Wirtschaft, Verkehr und Tourismus

4.1. Wirtschaft und Tourismus

Die FDP Wandsbek fordert allgemein eine mittelstandsfreundliche Politik und unbürokratisches Verwaltungshandeln auch auf Bezirksebene.

Die FDP Wandsbek fordert darüber hinaus den Erhalt des Gewerbeflächenbestands in und wo nötig auch die **Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen für kleine und mittlere Unternehmen in Wandsbek. Die in den vergangenen Jahren betriebene Politik der Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohnungsflächen ist nicht nachhaltig und daher zu beenden.** Dies schließt die Umwandlung einzelner, nicht marktgerechter Gewerbeflächen auch in Zukunft nicht aus. In diesen Fällen ist jedoch an anderer Stelle ein gleichwertiger Ausgleich zu schaffen. Die Zusammenfassung von Kleingewerbe in sogenannten Gewerbehöfen in privater Trägerschaft sollte durch den Ausweis entsprechender Flächen gefördert werden.

Die FDP Wandsbek setzt sich dafür ein, die Auswirkungen des Onlinehandels auf die Funktionsfähigkeit der Stadtteilzentren sowie die Gewerbeflächennachfrage zu untersuchen und negativen Folgen soweit möglich entgegenzuwirken.

Im Bereich Tourismus unterstützt die FDP den Aufbau einer von Unternehmen aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe sowie von anderen im Freizeit und Unterhaltungsbereich tätigen Unternehmen getragenen **Wandsbeker Stadtmarketinggesellschaft**, die die Vermarktung von Wandsbek als Zielort touristischer Aktivitäten voranbringen soll. Das Bezirksamt sowie das Hamburger Stadtmarketing sollen partnerschaftlich in die Wandsbeker Stadtmarketing GmbH eingebunden werden. Die zuletzt im Bereich Tourismus nahezu eingeschlafenen Aktivitäten der Wandsbeker Wirtschaftsförderung sind wieder zu verstärken.

Die FDP Wandsbek fordert den **Erhalt und die Attraktivitätssteigerung der Wandsbeker Wochenmärkte**, die für das tägliche Leben der Stadtteile große Bedeutung haben. Hierzu müssen die seit Jahren erzielten Gebührenüberschüsse in die Marktinfrastruktur investiert und die Servicequalität z.B. bei der Marktreinigung, beim Winterdienst sowie in der Toilettenversorgung verbessert werden. Die vom amtierenden Senat geforderte **stärkere Gebührenspreizung für die Wochenmärkte**, die die bereits bestehende Quersubventionierung zwischen den Stadtteilen noch verstärken würde, **lehnen wir ab**, da sie dem für Gebühren geltenden Kostendeckungsprinzip widerspricht. Sofern sich das Preis-/Leistungsverhältnis des städtischen Wochenmarktbetriebs in den nächsten zwei Jahren nicht nachhaltig bessert, ist eine Überführung des Wochenmarktbetriebs in eine Selbstverwaltung durch die Marktbesucher, wie sie z.B. auf dem Berner Wochenmarkt bereits besteht, zu prüfen. Die Sicherung der öffentlichen Flächen für den Wochenmarktbetrieb bleibt davon unberührt.

Darüber hinaus setzt sich die FDP für die **Gleichbehandlung privater und städtischer Wochenmärkte** im Hinblick auf Mietgestaltung für die Nutzung öffentlicher Flächen einerseits sowie die Marktgebühren andererseits ein. Privat organisierte Wochenmärkte, wie z.B. in Berne, Duvenstedt, Hummelsbüttel, oder am Rauschener Ring in Wandsbek dürfen weder im Hinblick auf die Gebührengestaltung noch im Hinblick auf die Genehmigung der Marktzeiten gegenüber den städtischen Märkten benachteiligt werden.

Die **FDP unterstützt freiwillige lokale** Zusammenschlüsse von Grundstückseigentümern, Einzelhandelsgeschäften und anderen lokalen Unternehmen zu **Interessengemeinschaften**, die das Ziel verfolgen, die Stadtteilzentren zu stärken.

4.2 Verkehr

4.2.1 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Für den ÖPNV fordert die FDP Verbesserungen insbesondere den Ausbau des Schnellbahnnetzes. Die Schaffung der sogenannten Stadtbahn als viertem schienengebundenem Verkehrsträger in Hamburg neben S-Bahn, U-Bahn und AKN lehnen wir jedoch aus verkehrspolitischen Gründen sowie auch aus Kosten-Nutzen Gründen ab.

Die FDP begrüßt den Bau der **S4 zwischen dem Hamburger Hauptbahnhof und Bad Oldesloe über Rahlstedt**. Im Rahmen des Ausbaus der Bahnstrecke sind abweichend von den bisher vorgestellten Planungsentwürfen folgende Punkte zu realisieren:

- Errichtung einer zusätzlichen Station im Bereich Eichberg/Höltigbaum, um den Rahlstedter Ortskern vom Pendlerverkehr zu entlasten.

Die Belange des Lärmschutzes sind im Rahmen des Streckenausbaus bestmöglich zu berücksichtigen.

Unverändert fordern wir die **Realisierung des U-Bahn-Anschlusses für Bramfeld und Steilshoop** und zwar über eine Trasse, die vom Barmbeker Bahnhof ausgeht. Die FDP lehnt eine Stadtbahn aus Kosten-Nutzen-Aspekten ab. Die Erweiterung der bestehenden U-Bahn ist unter Kosten-Nutzen Aspekten gegenüber einer Stadtbahn vorzugswürdig.

Langfristig fordert die FDP Wandsbek den Bau einer **U-Bahnlinie von der Haltestelle Wandsbek Markt über Jenfeld und Hohenhorst nach Großlohe** zur besseren Verkehrsanbindung sowie zur Aufwertung der angebundenen Quartiere und Stadtteile.

Wir setzen uns für eine **Verlängerung der neuen U3 über Wandsbek-Gartenstadt hinaus bis nach Farmsen** ein. Eine Verlängerung dieser U-Bahnlinie nach Farmsen würde zu einer Verlagerung der Verkehrsströme von bis zu 45% der Fahrgäste führen und damit die Linie U1 - insbesondere in den Hauptverkehrszeiten den Umsteigepunkt Wandsbek Markt - deutlich entlasten. Wir setzen uns für einen **5-Minuten-Takt der U1 bis 20:30 Uhr** ein. Das Fahrplanangebot muss den verlängerten Ladenöffnungszeiten angepasst werden.

Die FDP Wandsbek fordert, weitere **Schnellbahnhaltestellen** durch die Erhöhung der Bahnsteige und den Einbau von Aufzügen **behindertengerecht auszubauen**. Langfristig sollten alle Haltestellen in Wandsbek behindertengerecht ausgebaut werden.

Um das Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel noch attraktiver zu gestalten, wollen wir neue P+R-Parkplätze an den Haltestellen einrichten bzw. erweitern sowie weitere Stationen behindertengerecht ausbauen. Die Einführung von Parkgebühren in den P+R-Häusern lehnen wir ab. Der Ausbau der P+R-Häuser ist in Abstimmung mit dem Land Schleswig-Holstein sowie den Gemeinden der Metropolregion voranzutreiben. Die Parkkapazität an der U1-Endhaltestelle Ohlstedt sollte erweitert werden. Für die geplanten Stationen der neuen S4 sind Flächen für P+R-Häuser langfristig zu sichern.

Die FDP Wandsbek setzt sich für ein **Pilotprojekt für mehr Service und Sicherheit an den Umsteigepunkten Poppenbüttel und Wandsbek Markt** ein. Durch zusätzliches Servicepersonal wollen wir den Zugang zur Station für Ältere, Behinderte und Eltern mit Kindern erleichtern, die Fahrgastinformation verbessern und das subjektive Sicherheitsempfinden stärken. Aus diesem Grund sehen wir den Einsatz des Service- und Sicherheitspersonals auch in den Abendstunden sowie in den Wochenendnächten vor.

Wir wollen, dass das **Busnetz in Wandsbek weiter ausgebaut wird**, um für noch mehr Menschen eine Alternative zum Auto anbieten zu können. So setzen wir uns dafür ein, dass für die Volksdorfer Ringbuslinie 375 ebenso wie die Buslinie 376 zwischen Bergstedt und Duvenstedt werktags die Taktfrequenz erhöht wird und auch an den Wochenenden ein regelmäßiges Angebot gefahren wird. Zudem fordern wir eine durchgehende Busverbindung zwischen Poppenbüttel und Bargteheide. Für die Buslinie 164 in Rahlstedt fordern wir eine Verdichtung des Angebotes auf einen 20-Minuten-Takt an Werktagen sowie für die Buslinie 368 eine Taktverdichtung in den Abendstunden und am Wochenende. Für die Buslinie 162 fordern wir eine Erhöhung der Taktfrequenz im morgendlichen Schul- Und Berufsverkehr.

Zu besserer Erschließung des Naherholungsgebietes Duvenstedter Brook wollen wir die Buslinie 478 nach Kayhude zum U-Bahnhof Ohlstedt verlängern und einen Taktverkehr für den Ausflugsverkehr an Wochenenden im Sommerhalbjahr anbieten.

Die FDP Wandsbek setzt sich für den **Erhalt der Schnellbuslinien ein. Gleichzeitig fordern wir jedoch, den Zuschlag für die Benutzung dieser Linien zu streichen**. Schnellbusse benötigen fast die gleichen Fahrzeiten wie herkömmliche Stadtbusse und fahren deutlich langsamer als Schnellbahnen, die nicht zuschlagspflichtig

sind. Ein Zuschlag, der für viele Fahrgäste eine hohe finanzielle Barriere darstellt, ist schon lange nicht mehr gerechtfertigt. **Für die Linien 35 und 37 (Jenfeld-Hbf bzw. Bramfeld-Hbf) fordern wir eine höhere Taktfrequenz** in den Hauptverkehrszeiten, um die zu erwartende höhere Nachfrage bei Wegfall des Zuschlags abzufedern.

Die FDP Wandsbek fordert, die Schnellbusse mit Routern für den kostenfreien WLAN-Empfang auszustatten, wie es auf den Linien 3 und 31 in Pilotprojekten bereits umgesetzt wurde.

4.2.2 Motorisierter Individualverkehr

ÖPNV, motorisierter Individualverkehr (MIV) und nichtmotorisierter Verkehr sind keine Gegensätze sondern ergänzen sich. Die FDP fordert eine Optimierung aller Verkehrsträger im Interesse der Sicherung bzw. Verbesserung der Mobilität.

Der Verkehrsfluss im Wandsbeker Straßennetz kann weiter verbessert werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Anhebung des Tempolimits auf Hauptverkehrsstraßen auf 60km/h fallweise zu prüfen.

Die Instandhaltung des Straßennetzes ist über Jahre vernachlässigt worden und muss dringend verbessert werden. **Instandhaltung hat aus Sicht der FDP Vorrang vor Neubau.**

Das **Baustellenmanagement ist aus Sicht der FDP deutlich verbesserungsfähig**. Viele Baustellen, die erhebliche Staus verursachen, liegen oft wochen- und monatelang still. Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der Fertigstellungsgeschwindigkeit bei der Vergabe von Straßenbauaufträgen durch die Stadt bzw. den Bezirk Wandsbek. Dies ist durch ein Vertragscontrolling bzw. entsprechende Konventionalstrafen sicherzustellen.

Auch in der Verkehrssteuerung liegen noch Reserven zur Verbesserung des Verkehrsflusses. Wir wollen die Verkehrsströme auf der Straße durch den **Ausbau "intelligenter Ampelschaltungen"** besser lenken und Staus vermeiden. Die FDP fordert darüber hinaus mehr grüne Pfeile, die zum eigenverantwortlichen Rechtsabbiegen berechtigen.

Im Bereich des Ausbaus von Straßen vertritt die FDP Wandsbek folgende Positionen:

Wir fordern die vordringliche Einrichtung von **zusätzlichen Kreisverkehren** an den Kreuzungen Eulenkrogstraße/Wiesenhöfen, Kupferdamm/Pulverhofsweg, und Pillauerstraße/Voßkuhlen.

Die FDP Wandsbek fordert eine Änderung des Hamburgischen Wegegesetzes mit dem Ziel den **Standard bei der sogenannten erstmaligen endgültigen Herstellung von Straßen wo möglich zu senken**. Die bisherigen Standards überfordern die verfügbaren Haushaltsmittel und stellen für die Anlieger eine teilweise unnötige Belastung dar.

Die Anliegerbeiträge sind kurzfristig nach der erstmaligen endgültigen Herstellung der Straßen einzufordern.

Im Bereich des ruhenden Verkehrs setzen wir uns für den **Erhalt von Parkplätzen sowie wo möglich und sinnvoll auch für die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen in den Geschäftszentren** der Stadtteile ein. Angesichts des zunehmenden Parkdrucks in den wachsenden Stadtteilen im Nordosten Wandsbeks sind Konzepte zur Parkraumbewirtschaftung zu prüfen. Dabei sind ausreichende Kurzparkzonen zu schaffen bzw. zu erhalten, um die Attraktivität der Stadtteilzentren zu erhalten. Wir fordern darüber hinaus die Errichtung privat betriebener Quartierstiefgaragen zu prüfen.

4.2.3 Fußgänger- und Fahrradverkehr

Dem Fahrrad kommt in Hamburg eine immer größere Bedeutung auch im Berufsverkehr zu. Die FDP Wandsbek setzt sich für generell eine bessere Instandhaltung, Reinigung, und Beleuchtung der Fuß- und Radwege im Bezirk Wandsbek ein. Darüber hinaus fordern wir den Ausbau der Wandsbeker Velorouten. Dies erfordert teilweise eine Verbesserung des Untergrunds, vor allem aber eine verbesserte Beschilderung, die Überplanung der Kreuzungsbereiche von Velorouten und Hauptverkehrsstraßen um die Wartezeiten der Radfahrer zu reduzieren sowie die Entwicklung eines bezirklichen Zubringersystems, um möglichst viele Stadtteile an das Veloroutennetz anzuschließen.

Auch im Fuß- und Radwegebau gilt aus Sicht der FDP: Instandhaltung hat Priorität vor Neubau. Der **Einsatz- von Radfahr- und Schutzstreifen** ist dort zu befürworten, wo er nicht zu Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit insbesondere von Kindern sowie auch des Verkehrsflusses bzw. des Parkraums für den motorisierten Verkehrs führt. Soweit Neubau von Fahrradwegen finanzierbar ist, soll der **Ausbau der Radwege vor Schulen** sowie der **Velorouten** mit Priorität verfolgt werden.

Im Bereich der Fußwege fordert die FDP vor allem die **Verbesserung der Barrierefreiheit** mit Schwerpunkten im Umfeld von Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs insbesondere von Bahnhaltstellen sowie auch generell im Umfeld von öffentlichen Einrichtungen. Bei den Wegewarten des Bezirksamts **soll ein Barrierenregister eingerichtet werden**, in dem Bürger bestehende Barrieren melden können.

Die FDP Wandsbek fordert die **Aufnahme der Bahnhöfe Poppenbüttel und Ohlstedt in das Fahrradleihsystem STADTRAD**. Die Tarife sind dabei der zu erwartenden Nutzung durch Ausflügler anzupassen.

Die Möglichkeiten zur Abstellung von Fahrrädern an U- und S-Bahnstationen (Bike+Ride) sind kontinuierlich zu verbessern. Nach einer Erhebung der FDP Wandsbek fehlen in Wandsbek mindestens 300 Fahrradstellplätze an U- und S-Bahnstationen. Dies betrifft insbesondere die Stationen Wandsbek Gartenstadt, Landwehr, Ritterstraße, Wartenau, Hasselbrook, Trabrennbahn und Hoheneichen.

5. Umweltpolitik

Libérale Umweltpolitik erkennt die Natur als Voraussetzung für unser Leben. Dabei setzt die FDP Wandsbek auf europaweit verbindliche Umweltstandards. Der schonende Umgang mit natürlichen Ressourcen und eine bedarfsgerechte Verringerung des Energieverbrauchs sichern den langfristigen Bestand des Bezirks.

Die vorhandenen Grünachsen, Parks und Naherholungsgebiete im Bezirk stellen eine hohe Lebensqualität für die Menschen in Wandsbek dar. Wir setzen uns dafür ein, dass die **Grünachsen und Grünringe erhalten** bleiben und sind grundsätzlich **gegen die Umwandlung von Landschaftsschutzgebieten in Bebauungsgebiete**. Unsere Parks und Naherholungsgebiete verdienen eine bessere Pflege. Wir wollen diese gewährleisten und zugleich das Bewusstsein in der Bevölkerung für einen schonenden Umgang mit der Natur erhöhen. Wir unterstützen ausdrücklich ehrenamtliches Engagement zur Pflege und zum Erhalt von Grünanlagen im Bezirk und fördern Patenschaften für Bäume, Gewässer und Grünflächen in Wandsbek.

Die Naturschutzgebiete in Wandsbek sind wichtige Lebensräume für eine artenreiche Pflanzen- und Tierwelt in unserer nächsten Umgebung. Wir wollen die **Naturschutzgebiete stärken und lehnen deshalb den Bau des Ring 3 durch das Naturschutzgebiet Stapelfelder Moor ab**.

Wir wollen unsere Straßenbäume besser pflegen und kranke Bäume durch neue ersetzen. Einen schleichenden Rückgang der Zahl der Straßenbäume durch unterlassene Nachpflanzungen darf es nicht mehr geben, Wandsbek muss auch in Zukunft seinen naturnahen Charakter bewahren. Wir wollen zugleich in Zusammenarbeit mit den Bürger- und Heimatvereinen das Straßenbegleitgrün besser pflegen und die Lebens- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum verbessern. Die FDP unterstützt das sogenannte

„Urban Gardening“, bei dem Wandsbeker Bürger die Möglichkeit erhalten, Patenschaften für öffentliche Grünflächen zu übernehmen, um diese nach Ihren Vorstellungen zu gestalten.

Die FDP Wandsbek erkennt auch in Wandsbek einen großen Handlungsbedarf im Bereich der Energieverwertung. Wir wollen den **Energieverbrauch in allen öffentlichen Gebäuden reduzieren**. Zugleich begrüßen wir die verstärkte Isolierung von Hauswänden und Optimierung der Einstellung von Heizungssystemen als Beitrag der Wandsbeker zum Klimaschutz und zugleich zur Reduzierung von Heizkosten. Eine staatlich verordnete pauschale Verteuerung durch unrealisierbare Energiestandards wirkt wie eine kalte Enteignung und kann nicht akzeptiert werden.

Die FDP fordert zudem den vermehrten Einsatz von Solarmülleimern im Bezirksområde. Solarmülleimer verdichten den Müll und signalisieren der Stadtreinigung, wann sie geleert werden müssen. Dies entlastet die Stadtreinigung und die Umwelt. Öffentliche Mülleimer sollen mit sogenannten Pfandringen ausgestattet werden, um die möglichst vollständige Rückführung von Pfandflaschen zu erleichtern.

6. Liberale Kulturpolitik

Kunst und Kultur sind Grundlagen der Gesellschaft. Dabei legt die FDP Wandsbek einen besonderen Schwerpunkt auf eine aktive Stadtteilkultur.

Als Leuchtturmprojekt sowie zur Ehrung des Andenkens an den großen Entertainer und Komiker Heinz Erhardt fordern wir die Einrichtung eines Heinz-Erhardt-Hauses im Zentrum von Wellingsbüttel. Investition und Betrieb sollen weitgehend durch Spenden bzw. ehrenamtliches Engagement getragen werden. Der Bezirk Wandsbek soll dieses Projekt durch eine Anschubfinanzierung der Konzeption, durch Unterstützung bei der Standortsuche im Wellingsbütteler Zentrum sowie ideell unterstützen.

Die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (HÖB) leisten auch in Zeiten des weiter zunehmenden Einsatzes von elektronischen Medien einen wichtigen Beitrag für die Verwirklichung von Lese-, Lern-, Orientierungs- und Bildungsinteressen der Menschen in Hamburg. Die Hamburger Öffentlichen Bücherhallen sind eine feste Institution für die Allgemeinbildung der Bevölkerung und somit unverzichtbar für diese Stadt. Zugleich sind die einzelnen Bücherhallen kulturelle Mittelpunkte in ihren jeweiligen Stadtteilen. Bücherhallen leisten heute mehr denn je einen wichtigen Beitrag zur soziokulturellen Stadtteilarbeit.

Weitere Schließungen von Bücherhallen in Wandsbek lehnt die FDP-Wandsbek strikt ab. Statt weiterer Standortaufgaben muss das Angebot sukzessive wieder ausgeweitet werden. Dazu gehören erweiterte Öffnungszeiten auch an den Wochenenden. Die Bücherhallen in den Stadtteilen Steilshoop und Jenfeld sollten künftig wie die übrigen Standorte im Bezirk an fünf Tagen in der Woche geöffnet haben. Zudem sollte es an den Standorten Poppenbüttel und Wandsbek auch am Samstag erweiterte Öffnungszeiten bis 18.00 Uhr geben.

Um Kinder frühzeitig mit dem Angebot der Bücherhallen vertraut zu machen, setzen wir uns für eine **kostenlose Nutzung der Wandsbeker Bücherhallen durch alle Erstklässler im Bezirk** ein. Ein solches Lesegutscheinprojekt ist bereits erfolgreich im Bezirk Harburg getestet worden.

Die FDP unterstützt außerdem die Einrichtung öffentlicher Bücherschränke.

Die FDP unterstützt die Arbeit der Volkshochschulen. Das Zentrum VHS-Ost in Farmsen leistet einen wichtigen Beitrag zur Bildungs- und Kulturarbeit in Wandsbek. Eine weitere Reduzierung der öffentlichen Unterstützung dieser Arbeit wird abgelehnt.

Die FDP Wandsbek unterstützt und fördert aktive Stadtteilkultur in den Quartieren vor Ort. **Wir fordern eine stärkere Unterstützung ehrenamtlicher Stadtteilarbeit in Stadtteilen wie Rahlstedt oder Volksdorf, die nicht über ein eigenes Stadtteilkulturzentrum verfügen.** Wir schätzen die Arbeit von

Stadtteilkultureinrichtungen und wollen deren Unabhängigkeit erhalten. Wir möchten die bestehenden Stadtteilkultureinrichtungen bei ihrer Vernetzung mit ihren Stadtteilen fördern und unterstützen daher die Zusammenarbeit mit Schulen und Senioreneinrichtungen.

Die FDP Wandsbek fordert die **Öffnungszeiten von Schulsporthallen in den Abendstunden und am Wochenende für Sportvereine auszuweiten**.

7. Die Wandsbeker Regionen

7.1 Wandsbek- Eilbek

Die FDP fordert seit langem ein **Wandsbeker Tor**, also die Errichtung eines repräsentativen Gebäudes am Eingang zum Zentrum von Wandsbek. Wandsbek ist der einwohnerstärkste Hamburger Bezirk und sollte deshalb ein selbstbewusstes Wahrzeichen haben. Zudem unterstützt die FDP die Weiterentwicklung des Quartiers Brauhausviertel. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Arbeitsstätten dieses Quartiers erhalten bleiben und gleichzeitig attraktiver Wohnraum geschaffen wird.

Viele Wandsbeker freuen sich über die Wandse. Diese gibt nicht nur dem Bezirk und unserem Stadtteil den Namen, sie bietet auch eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Spaziergehen und Entspannen. Leider wurde dieser **Wandse-Grünzug** über viele Jahre nicht ausreichend gepflegt und ist deshalb nicht so attraktiv wie z.B. der Weg um die Alster. Der Bezirk will Abhilfe schaffen, das unterstützen wir. Überlegungen, im Rahmen der Neugestaltung des Wandse-Grünzuges Brücken und andere Querverbindungen über die Wandse zurückzubauen, lehnt die FDP Wandsbek wegen der erheblichen Nachteile für den Verkehr ab. Wir werden uns für eine Lösung einsetzen, die die Belange der Natur sowie der Naherholung und des Verkehrs sorgfältig gegeneinander abwägt.

Der Eichtalpark mit seinem Wandsewanderweg wird von Freizeitsportlern rege genutzt. Die FDP fordert, ebenso wie an der Alster einen Trimm-Dich-Pfad zu errichten.

Die FDP setzt sich für den **Erhalt des Schwimmbades an der Wendemuthstraße** ein.

Die im Rahmen des Lärmaktionsplans vorgesehene Reduzierung der Wandsbeker Chaussee von sechs auf vier Fahrspuren lehnt die FDP Wandsbek ab. Die Wandsbeker Chaussee ist eine Hauptverkehrsader und die Verringerung der Fahrspuren würde die bereits angespannte Verkehrssituation weiter verschärfen. Die FDP fordert die Prüfung einer Linksabbiegemöglichkeit auf der Wandsbeker Chaussee in beiden Fahrtrichtungen an der Kreuzung Ritterstraße, sofern dies durch Einrichtung von zusätzlichen Linksabbiegespuren möglich ist.

Für die Bahnstationen Wandsbek-Gartenstadt, Ritterstraße, Wartenau, Landwehr und Hasselbrook fordern wir die Errichtung zusätzlicher Fahrradstellplätze.

Die FDP fordert die Veräußerung des städtischen Röhrenbunkers an der Wandsbeker Chaussee.

7.2 Tonndorf – Marienthal - Jenfeld

Das Wandsbeker Gehölz liegt inmitten von Marienthal und wird von den Anwohnern intensiv zur Naherholung genutzt. Die FDP bekennt sich zum Erhalt sowie zur intensiveren Pflege dieses Grünzuges.

An der Straße **Elfsaal** nahe der Autobahnabfahrt Hamburg-Jenfeld ist die Verkehrssituation jetzt schon schwierig: Die Straße lässt ein Entgegenkommen von Fahrzeugen kaum zu. Auf der linken Seite der Straße soll es nun zu einer erheblichen Verdichtung der Bebauung kommen. Die **FDP ist nicht gegen die zusätzliche Bebauung, jedoch müssen dafür die verkehrstechnischen Voraussetzungen geschaffen**

werden. Die Straße Elfsaal kann nach unserer Auffassung den zusätzlich entstehenden Verkehr nicht aufnehmen.

Die FDP Wandsbek fordert daher die Umsetzung einer Anbindung des Elfsaals an den Holstenhofweg.

Die Planung zur Realisierung einer Linksabbiegemöglichkeit aus dem Elfsaal in Richtung Jenfeld-Zentrum findet keine Unterstützung der FDP, da dies zu unnötigem Stau auf dem Schiffbeker Weg führt.

Im Zentrum von Wandsbek liegt mit der **Helmut-Schmidt-Universität** der Bundeswehr eine renommierte Universität: Leider hat Wandsbek die Möglichkeiten der Kooperation mit der Universität bisher zu wenig genutzt. **Die FDP fordert daher eine bessere Einbindung der Universität in das Wandsbeker Leben.** Hierzu gehört eine engere Verzahnung mit der Wandsbeker Wirtschaft und sozialen Einrichtungen, z.B. in Form von Praktika für Studenten, abendlichen Veranstaltungen oder gezielter Forschung regionale Probleme betreffend.

Die FDP fordert seit Jahrzehnten die Beseitigung des schienengleichen Bahnüberganges an der Hammer Straße. Sie begrüßt daher, dass dies endlich in Angriff genommen werden soll. Allerdings droht während der Bauzeit ein Verkehrschaos in Marienthal, da viele Autofahrer über Seitenstraßen ausweichen werden. Deshalb fordert die FDP eine frühzeitige Umleitung der Verkehrsströme über die Autobahnabfahrt Hamburg-Jenfeld, die Rennbahnstraße und die Sievekingsallee.

Im Bereich der Jüthornstraße fordert die FDP eine Temporeduzierung für den Straßenverkehr. Dadurch soll der durch die Baumaßnahmen an der Hammer Straße entstehende Umleitungsverkehr zumindest hinsichtlich des Tempos gedrosselt werden.

Längerfristig fordert die FDP Wandsbek den Bau einer **U-Bahnlinie von der Haltestelle Wandsbek Markt über Jenfeld und nach Hohenhorst nach Großlohe** zur besseren Verkehrsanbindung sowie zur Aufwertung der angebundenen Quartiere und Stadtteile.

Zur Verbesserung der Sozialstruktur im Stadtteil Jenfeld fordert die FDP die Verlagerung einer größeren öffentlichen Einrichtung in den Stadtteil.

7.3 Berne – Farmsen – Bramfeld-Nord

Berne, Farmsen, Bramfeld, Steilshoop, entstanden aus dörflichen Wurzeln, stadtnah, vielseitig, im Grünen gelegen, sind Stadtteile mit Wohnvierteln und Erholungsräumen von hoher Lebensqualität.

Zukünftiger Wohnungsbau im Rahmen der Nachverdichtung aber auch der Privatbau von Eigenheimen, Reihen-, Doppel- und Stadthäusern sowie Eigentumswohnungsanlagen muss der Infrastruktur angepasst, sozial- und umweltverträglich sein.

Bei Neubauvorhaben im Zentrum Bramfelds wie z.B. „Wohnraum Bramfelder Dorfplatz“ und „Dorfgraben“ fordern wir einen hohen Anteil seniorengerechten Wohnraums. Die nach Fertigstellung des Marktplatzes geplante Passage zum Dorfplatz muss zu einer ansprechenden und lebendigen Verbindung im Ortskern Bramfeld gestaltet werden.

Die Bebauung des Parkplatzes an der Farmsener Eissporthalle, Berner Heerweg 152 Ecke Rahlstedter Weg lehnen wir ab. Eine Bebauung der Fläche Gutshaus Farmsen am Berner Heerweg lehnen wir ebenfalls ab.

Wir unterstützen die behutsame Weiterentwicklung des Umweltzentrums Karlshöhe.

Die Veloroute 6 die durch Farmsen-Berne führt ist auszubauen und zu beschildern. Entsprechende Zubringerwege sind zu entwickeln. Die Pflege von Fuß- und Radwegen durch die öffentlichen Grünanlagen sowie eine verstärkte Landschaftspflege sollen den Wohn- und Freizeitwert im gesamten Bereich erhöhen. An der U-Bahn-Station Trabrennbahn fordern wir die Errichtung von mindestens 20 zusätzlichen Fahrradstellplätzen.

Keine Nahverdichtung am Hegholt.

Das Schwimmbad Fabriciusstraße muss erhalten bleiben.

7.4 Bramfeld-Süd – Steilshoop

Die FDP unterstützt die Planungen zur Realisierung des sogenannten „Campus Steilshoop“ sowie die beginnende Rahmenplanung Steilshoop Nord, die die weitere Aufwertung des Stadtteils zum Ziel haben.

Der Anschluss von Steilshoop und Bramfeld an das Hamburger Schnellbahnnetz ist für uns die zukunftsgerichtete Lösung der Verkehrsprobleme. Die Schaffung der sogenannten Stadtbahn als viertem schienengebundenem Verkehrsträger in Hamburg neben S-Bahn, U-Bahn und AKN lehnen wir aus verkehrspolitischen Gründen sowie auch aus Kosten-Nutzen Gründen ab.

Um eine schnellere Verbindung zwischen Steilshoop und dem Schnellbahnknoten U/S-Barmbek herzustellen, fordert die FDP die Einrichtung einer Eilbuslinie in den Hauptverkehrszeiten über die Steilshooper Straße mit den Haltepunkten U/S-Barmbek, Schwarzer Weg, Alfred-Mahlau-Weg, César-Klein-Ring, Erich-Ziegel-Ring, Gründgensstraße(Ost), Borcherring. Die Umsteigemöglichkeiten an den Bahnhöfen Wandsbek-Gartenstadt und Rübenkamp müssen baulich und behindertengerecht verbessert werden. Im U-Bahnhof Wandsbek-Gartenstadt sollte an geeigneter Stelle im Bahnhof eine Anzeiganlage mit den Abfahrtszeiten der Busse installiert werden.

Die FDP fordert am S-Bahnhof Rübenkamp den Steilshoop-Terminal, einen Bussteig auf der Seite des S-Bahnhofs Rübenkamp für die mit Bussen aus Steilshoop und Bramfeld ankommenden Fahrgäste, ersatzweise einen direkten und bedarfsgerecht geschalteten Ampelübergang in Höhe des Zugangs zum S-Bahnhof. Den im geplanten Busbeschleunigungsprogramm geplanten Rückbau der Gründgensstraße zu einer in jeder Richtung einspurigen Straße mit Schutzstreifen lehnen wir aufgrund der drohenden Zunahme des Durchgangsverkehrs sowie des Wegfalls von Parkmöglichkeiten entschieden ab. An der Kreuzung Bramfelder Straße/Krause-/Drosselstraße fordern wir die Einrichtung einer Vorrangampelschaltung für die vom U-/S-Bahnhof Barmbek kommenden und in Richtung Bramfeld fahrenden Busse. Die Schnellbuslinie 37 von Bramfeld in die Innenstadt und zurück muss erhalten bleiben, die Taktfrequenzen der Buslinien 177, 277 und 26 sind bedarfsgerecht auszubauen.

Die Veloroute 5, die durch Bramfeld bzw. Farnsen-Berne führe, ist auszubauen und zu beschildern. Entsprechende Zubringerwege sind zu entwickeln. Die Pflege von Fuß- und Radwegen durch die öffentlichen Grünanlagen sowie eine verstärkte Landschaftspflege sollen den Wohn- und Freizeitwert im gesamten Bereich erhöhen.

7.5 Sasel und Wellingsbüttel

Zur Ehrung des Andenkens an den großen Entertainer und Komiker Heinz Erhardt fordern wir die Einrichtung eines Heinz-Erhardt-Hauses im Zentrum von Wellingsbüttel. Investition und Betrieb sollen weitgehend durch Spenden bzw. ehrenamtliches Engagement getragen werden. Der Bezirk Wandsbek soll dieses Projekt durch eine Anschubfinanzierung der Konzeption, durch Unterstützung bei der Standortsuche im Wellingsbütteler Zentrum sowie ideell unterstützen.

Wir fordern bei der Umsetzung der Neuplanungen betreffend den Saseler Ortskern die hinreichende Beachtung der Parkplatzproblematik. Die vorhandenen Stellplätze sollen weitestgehend erhalten bleiben. Wir unterstützen weiterhin die Einrichtung eines Jugendtreffs in Sasel. An der Förderung des Sasel-Hauses als kulturellem Mittelpunkt halten wir fest.

Wir fordern die Errichtung eines öffentlichen Spielplatzes in Wellingsbüttel.

Für die S-Bahn-Station Hoheneichen fordern wir die Errichtung von 40 zusätzlichen Fahrradstellplätzen. Zudem fordert die FDP auch eine Lösung für den hohen Parkdruck an der S-Bahn-Station.

7.6 Poppenbüttel und Hummelsbüttel

Zur Aufwertung des Ortszentrums von Poppenbüttel fordern wir eine Überplanung des Poppenbütteler Markts ähnlich wie in Sasel. Wir fordern darüber hinaus den verstärkten barrierefreien Ausbau von Straßen und Wegen im Umfeld der Seniorenwohnheime rund um das AEZ, den Poppenbütteler Markt sowie der Alten Landstraße und Hinsbleek.

Wir sind gegen den Rückbau der Alten Landstraße und für den Erhalt der Vierspurigkeit. Das ehemalige Schulgelände an der Flughafenstraße in Hummelsbüttel sollte für den Bau von Eigenheimen sowie von Geschoßwohnungsbau genutzt werden.

Wir unterstützen eine maßvolle Nachverdichtung am Müssenredder.

Die FDP fordert die Neugestaltung des Spielplatzes Am Kupferteich.

7.7 Walddörfer

Die Liberalen setzen sich dafür ein, dass der grüne, dörfliche Charakter der Walddörfer erhalten bleibt. Nachverdichtungen sollen die ortstypische Bauweise berücksichtigen, Quartiersmittelpunkte aufgewertet und die Infrastruktur gefördert werden. Eine Ausweisung von Neubauf lächen kann in einzelnen Fällen angesichts der Verfassung des Hamburger Wohnungsmarktes dennoch sinnvoll sein. Auch bei der Genehmigung von Kinderbetreuungseinrichtungen sind die Interessen der Anlieger regelmäßig gegenüber den Interessen der Familien abzuwägen und dürfen eine familienfreundliche Politik nicht verhindern.

Die FDP fordert die Velorouten 6 und 7, die ausgehend von Volksdorf bzw Duvenstedt. Richtung Innenstadt führen, auszubauen und zu beschildern. Der Ausbau betrifft die Verbesserung des Fahrbahnbelags sowie auch die Überplanung der Kreuzungen zwischen Velorouten und Hauptverkehrsstraßen. Ein System an Zubringerwegen zu diesen Velorouten muss ebenfalls entwickelt werden.

Die Wochenmärkte haben in Volksdorf und Ohlstedt haben über die Walddörfer hinaus besondere Bedeutung. Die FDP fordert daher für eine Verbesserung der Infrastruktur der Märkte, eine verbesserte Servicequalität der Stadtverwaltung insbesondere bei Reinigung und Winterdienst sowie eine Gebührengestaltung, bei der vorhandene Überschüsse entweder zweckgebunden für die Verbesserung der Märkte eingesetzt oder aber an die Marktbesucher zurückerstattet werden.

Das Vordringen von Schwarzwild auf das Siedlungsgebiet der Walddörfer hat in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Die FDP fordert daher in Kooperation mit Schleswig-Holstein eine verstärkte Bejagung des Schwarzwilds.

• Bergstedt

Wir fordern die zügige Erstellung eines Rahmenplans für Bergstedt unter Berücksichtigung des historischen Dorfkerns als gewerbliches und kulturelles Zentrum. Die Bergstedter Chaussee ist im morgendlichen Berufsverkehr permanent überlastet. Grundsätzlich kann dies nur gelöst werden, in dem der Durchgangsverkehr durch attraktive ÖPNV-Angebote und P+R-Plätze nördlich von Bergstedt verringert wird. Zur Verbesserung der Verkehrsanbindung am Wochenende treten wir für ein Anruf-Sammel-Taxi System ein. Für den Einzugsbereich der Bergstedter Chaussee ist im Verbund mit Senat und dem Land Schleswig-Holstein einer umfassenden Verkehrsplanung zu entwickeln.

• *Duvenstedt*

Für die Stauprobleme vor allem im morgendlichen Berufsverkehr im Bereich der Lemsahler Landstraße müssen im Verbund mit Senat und dem Land Schleswig-Holstein Verbesserungsvorschläge im Rahmen einer umfassenden Verkehrsplanung entwickelt werden. Zur besseren Erschließung des Naherholungsgebietes Duvenstedter Brook wollen wir die Buslinie 478 nach Kayhude zum U-Bahnhof Ohlstedt verlängern und einen Taktverkehr für den Ausflugsverkehr an Wochenenden im Sommerhalbjahr anbieten. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Fahrradleihstation sowie den Ausbau des P+R-Parkplatzes am U-Bahnhof Ohlstedt.

• *Lemsahl-Mellingstedt*

Für die Stauprobleme vor allem im morgendlichen Berufsverkehr im Bereich der Lemsahler Landstraße müssen im Verbund mit Senat und dem Land Schleswig-Holstein Verbesserungsvorschläge im Rahmen einer umfassenden Verkehrsplanung entwickelt werden.

• *Volksdorf*

Die FDP begrüßt die mit der Rahmenplanung Volksdorf initiierte Stärkung des Ortskerns. Wir fordern in diesem Zusammenhang:

- die Aufwertung der Einkaufsmeile Claus-Ferck-Straße/Im Alten Dorfe auch im Hinblick auf Barrierefreiheit. Bei der Entwicklung des Ortskerns darf jedoch die Aufenthaltsqualität nicht zulasten der Funktion des Ortskerns als Einkaufsmittelpunkt verbessert werden.
- ein Parkraumkonzept zur Lösung der Parkplatzproblematik
- eine Verbesserung der Schnee- und Eisbeseitigung. Hier wäre Beteiligung der Volksdorfer Geschäftswelt aus Sicht der FDP sinnvoll, da die Stadt in diesem Bereich keine rechtliche Verpflichtung hat und sich Ihrer Verantwortung bisher nachhaltig entzieht.
- Die Aufwertung des Saselbektals als landschaftlicher Kern Volksdorfs
- Die Aufstellung eines öffentlichen Bücherschranks auf dem Gelände der Ohlendorff'schen Villa. Die Anschaffung soll aus privaten Spendengeldern finanziert werden.
- Die Verbesserung der Fahrradwege und zusätzliche Fahrradstellplätze im Ortskern

Das geplante Neubaugebiet auf der Ostseite des Buchenkamps unterstützen wir unter der Bedingung, dass dort Einfamilienhäuser und damit unter 60 Wohneinheiten entstehen.

Die Volksdorfer Gewerbeflächen sollten erhalten werden, damit neue, interessante Firmen sich ortsnahe ansiedeln können und der Berufsverkehr sich verringert.

Weiterhin unterstützen wir die geplante Sanierung und Erweiterung des Allhornstadions.

• *Wohldorf-Ohlstedt*

Zur besseren Erschließung des Naherholungsgebietes Duvenstedter Brook wollen wir die Buslinie 478 nach Kayhude zum U-Bahnhof Ohlstedt verlängern und einen Taktverkehr für den Ausflugsverkehr an Wochenenden im Sommerhalbjahr anbieten. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Fahrradleihstation sowie den Ausbau des P+R-Parkplatzes am U-Bahnhof Ohlstedt. Darüber hinaus fordern wir die Einrichtung einer Fahrradleihstation am U-Bahnhof Ohlstedt. Die Landarbeiter-Häuser sind als kulturhistorisches Denkmal zu erhalten.

7.8 Meiendorf – Oldenfelde

Für die **U-Bahnstation Berne** fordern wir die **Realisierung der geplanten Erneuerung des Bahnhofs einschließlich einer Fußgängerverbindung** zwischen der P+R Anlage und der Straße Kriegkamp mit Treppe und Fahrstuhl, um den Zugang zum Bahnsteig zu verbessern. Wir unterstützen den geplanten Ausbau der P+R-Anlage in Berne.

7.9 Rahlstedt

Rahlstedt ist mit seinen über 85.000 Einwohnern der mit Abstand bevölkerungsreichste Stadtteil Hamburgs. Doch in vielen Punkten der Hamburger Politik spiegelt sich dies nicht wider. So ist der schienengebundene Nahverkehr erheblich unterentwickelt.

Daher unterstützen wir die Planungen zur S4 mit eigenem Gleiskörper. Der **Lärmschutz ist dabei bestmöglich zu berücksichtigen**. Mit Blick auf die Stadtentwicklung und den Lärmschutz aber auch auf das Gefälle der Bahnstrecke zwischen der Landesgrenze bei Ahrensburg und dem Hamburger Hauptbahnhof ist dabei eine Tieferlegung der Bahnstrecke zu prüfen.

Des Weiteren fordern wir einen **angemessenen Nachtverkehr von Bussen und Bahnen** für Rahlstedt. So fährt zum Beispiel die U1 am Wochenende nachts mit einem 20-Minuten-Takt, während die letzte R10 den Hamburger Bahnhof nach Rahlstedt um 0:47 Uhr verlässt.

Im Rahmen des Ausbaus der S-Bahnstrecke fordern wir eine zusätzliche **S-Bahnstation mit P+R-Plätzen im Bereich Eichberg/Höltigbaum**, um den Rahlstedter Ortskern vom Pendlerverkehr zu entlasten.

Wir sind für den **Ausbau der Geh- und Radwege entlang der B75** von der Berner Straße bis zum Sportplatz Ellerhorn sowie die Grundinstandsetzung der B75 von der Berner Straße bis zum Spitzbergenweg. Solange der Ausbau der B75 nicht realisiert ist, fordern wir als Übergangsmaßnahme die Anwendung der üblichen innerörtlichen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h zwischen Oldenfelder Stieg und Spitzbergenweg.

Um den **langfristigen Erhalt des Fußgängertunnels Rahlstedter Bahnhofstraße/Oldenfelder Straße** sicherzustellen, muss die Undichtigkeit des Tunnels baldigst beseitigt werden. Des Weiteren muss hier die Sauberkeit verbessert werden. Das aktuelle Erscheinungsbild ist nicht hinnehmbar.

Zur weiteren Steigerung der Attraktivität des Ortskerns fordern wir eine Verbesserung der Sauberkeit durch zeitnahe Beseitigung von verwehtem Müll. Wir sprechen uns dafür aus, das ständige wiederkehrende Problem des beschmierens von Wänden in den Fußgängertunneln am Bahnhof dadurch zu lösen, dass man die Tunnel zur legalen Bemalung im Sinne einer öffentlichen Leinwand zugänglich macht. Wir fordern zudem eine Erhöhung der Sicherheit durch stärkere Polizeipräsenz vor allem nachts, sowie eine bessere Beleuchtung in den Tunnelanlagen.